

## Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport:

### Rahmenplan für die Sekundarstufe I für das geplante Unterrichtsfach Ethik

Kommentiert von Henning Schluß

Nun ist er da, der lang ersehnte – oder befürchtete – Entwurf für ein verbindliches Wertefach für alle Schüler und Schülerinnen der Berliner Oberstufe. Auf 20 Seiten ist es der Arbeitsgruppe des Senators gelungen, die Grundlinien dieses neuen Wertefachs zu umreißen. Schon bei der Formulierung „Wertefach“ stellen sich jedoch Fragen. Handelt es sich eigentlich um ein Wertefach? Der Rahmenplanentwurf stellt schon im einleitenden Teil unmißverständlich klar, daß sich der Rahmenplan an der Philosophie orientiert. Die Philosophie ist die einzige Bezugswissenschaft des neuen Faches. Hiermit wird ein Problem umgangen, wofür das brandenburgische Fach LER – mit dem das neue Berliner Wertefach häufig verglichen wird – stark kritisiert wurde: daß nämlich dieses Fach mit Philosophie und Religionswissenschaften mehrere Bezugswissenschaften habe und so die Lehrer überfordere. Die Lehrer des Berliner Faches müssen also nur in praktischer Philosophie als Bezugswissenschaft geschult sein. Es handelt sich demnach um ein Fach „Praktische Philosophie“, das neben der „ideengeschichtlichen Perspektive“ bei der Behandlung eines jeden Themas auch die „individuelle“ und die „gesellschaftliche Perspektive“ im Blick haben soll. Es ist allerdings sehr fraglich, ob ein solches Fach „praktische Philosophie“ den Intentionen der gesellschaftlichen Kräfte entspricht, die sich jüngst unter Schirmherrschaft des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper zu dem „Forum Gemeinsames Wertefach für Berlin“ zusammengefunden haben. Vertreten sind die politischen Parteien, die in Berlin die Regierung stellen, und auch Die Grünen, die in der

Opposition sind. Als Namen schlägt das Forum vor: „Lebensgestaltung – Ethik – Kulturen“, „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ oder „Kulturen – Werte – Religionen“ (Forum Gemeinsames Wertefach für Berlin, Eckpunkte für ein gemeinsames Wertefach in der Berliner Schule – Diskussionspapier, 2). Auch in diesem Falle gilt: *nomen est omen*; denn in dem Fach sollen nach dem Willen des Forums „Schülerinnen und Schüler in besonderem Maße lernen und erfahren, wie sie ihr Leben selbstbestimmt und verantwortlich gestalten und sich in einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer Vielfalt von Lebensauffassungen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen zunehmend eigenständig und urteilsfähig orientieren können“ (ebd.). Hier wird die programmatische Differenz offenkundig, denn es ist nicht zu sehen, wie eine solche Aufgabe von einer philosophischen Ethik bewältigt werden könnte, die eben keinen Bezug zu Religionswissenschaft oder Theologie und Kulturwissenschaft oder Soziologie hat. Um Konflikte zu begreifen, wie sie jüngst in Paris zu beobachten waren, wird die Bezugnahme auf den kategorischen Imperativ so wenig genügen wie die auf die Nikomachische Ethik oder auf zeitgenössische kommunitaristische Ansätze. Es scheint also unumgänglich zu sein, auf Einsichten der Soziologie, der Kulturwissenschaft, der Ethnologie oder eben auch der Religionswissenschaft und Theologie Bezug zu nehmen.

Die praktische Philosophie als Bezugswissenschaft beansprucht demnach eine Allzuständigkeit für alle Fragen sozialen Handelns, die der Ausdifferenzierung der Wissenschaften schon längst nicht mehr entspricht. Politisch brisant wird ein solches Konzept dann, wenn in Betracht gezogen wird, daß der Bildungssenator Böger (SPD) persönlich gegen ein verbindliches Wertefach war und dem Modell einer Fächergruppe Ethik/Religion zuneigte. Politisch konnte er sich weder in der Koalition noch in der eigenen Partei durchsetzen; er mußte dann ein Konzept für solch ein Wertefach vorlegen. Herausgekommen ist eben kein gemeinsames Wertefach, sondern ein Fach praktische Philosophie. Ein solches Fach ist nichts Schlechtes, nur entspricht es eben nicht dem politischen Auftrag für ein gemeinsames Wertefach, in dem

Fragen des Zusammenlebens vor dem Hintergrund unterschiedlicher Herkunftskulturen, Religionen, Weltanschauungsgemeinschaften oder sozialer Schichten besprochen werden. Der Zweig der (abendländischen) Philosophie ist da eben nur ein Bezugspunkt unter anderen, und vielleicht nicht einmal der entscheidende. Der Rahmenplanentwurf dagegen begreift die Philosophie als Königsdisziplin, unter deren Schirmherrschaft alle Probleme des Zusammenlebens diskutiert werden sollten, und empfiehlt bestenfalls den Bezug zu Religionsgemeinschaften an ausgewählten Themen, wie „Schuld, Pflicht und Gewissen“ und „Wissen, Hoffen und Glauben“ (Rahmenplan, 14); zu den anderen Themen „Identität, Freundschaft Glück“, „Freiheit, Verantwortung und Solidarität“, „Gleichheit und Recht und Gerechtigkeit“, „Diskriminierung, Gewalt und Toleranz“ wird die Expertise der Religionsgemeinschaften interessanterweise nicht empfohlen. Dies läßt zugleich auf ein bemerkenswert enges Bild von Religion schließen. Dieses grundsätzlich verschiedene Herangehen der Bildungsverwaltung und der sie politisch stützenden Parteien wird in nächster Zeit wohl noch zu erheblichen innerparteilichen Diskussionen führen.

Fachlich ist der Rahmenplanentwurf Ethik dabei durchaus interessant. Er verfolgt konsequent das Prinzip der Exemplarizität, was sehr sinnvoll ist bei einem Rahmenplan, der gleichermaßen für die Hauptschule wie für das Gymnasium gelten soll. Ein solcher allgemeiner Rahmenplan für alle Schulstufen kommt dem Konzept einer „Output“-Steuerung des Bildungswesens entgegen, wie sie nach PISA 2000 allgemein diskutiert wird. Wichtig ist auch, daß mit „Wahrnehmungs- und Deutungskompetenz, Empathiekompetenz, Argumentations- und Urteilskompetenz, personaler Kompetenz und praktischer Kompetenz“ domänenspezifische Kompetenzen beschrieben werden, die mit dem Fach befördert werden sollen. Allerdings müßte auch hier reflektiert werden, inwiefern eine Schule sich überfordert, indem sie „Zivilcourage“ als „praktische Kompetenz“ zum abprüfbareren Lernziel erhebt (10).

Bedauerlicherweise geht der Rahmenplan diesen Weg der Bildungsreform nicht konsequent zu Ende. Wenn schon Inhalte exempla-

risch genannt und zu fördernde Kompetenzen beschrieben werden, sollten auch die Standards formuliert werden, an deren Erreichung sich das neue Unterrichtsfach messen lassen will. Das ist ja der Kern der Umstellung des Bildungssystems auf eine stärkere Autonomie der Schule, daß man verbindlich macht, worauf am Ende die Schüler ein Anrecht auf Können haben, der Schule den Weg dorthin aber freistellt. Eben diese Möglichkeit der Schülerinnen und Schüler, einzufordern, auf welches Können sie ein Anrecht haben (Mindeststandards), dies läßt der Rahmenplan aus.

Insgesamt bleibt von der Lektüre des Berliner Rahmenplanentwurfs Ethik der Eindruck eines durchaus ambitionierten Werkes für ein Unterrichtsfach praktische Philosophie. Der Weg der aktuellen Bildungsreform, auf „Output“-Steuerung umzustellen, ist beschritten, indem domänenspezifische Kompetenzen festgelegt und Inhalte lediglich exemplarisch beschrieben wurden, zugleich aber ein einziger Plan für alle Schulformen vorliegt. Dieser ist jedoch inkonsequent, wenn gerade die Angabe verbindlicher Standards vermieden wird. Ein Rahmenplan für ein allgemeines Wertefach „Kulturen – Werte – Religionen“ o.ä. ist er jedoch dezidiert nicht. Immerhin vereinfacht das die Lehreraus- und Weiterbildung. Es werden nun keine Lehrerinnen und Lehrer mehr gesucht werden müssen, die die Grundlagen der Kulturwissenschaften, Soziologie, Religionswissenschaften, Theologien und Philosophien beherrschen, sondern dieses Fach können Philosophielehrerinnen und -lehrer unterrichten. Ob ein solches Unterrichtsfach das war, was eine parlamentarische Mehrheit wünschte, um das Zusammenleben in einer pluralen und heterogenen Großstadt zu verbessern, wird politisch zu diskutieren sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport: Rahmenplan für die Sekundarstufe I für das geplante Unterrichtsfach Ethik, Klasse 7–10. Berlin 2005